



PUG 11



1. Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

1.1 Strukturprinzipien des Grundgesetzes

Art. 20 GG

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer** Bundesstaat.
 - (2) Alle **Staatsgewalt geht vom Volke** aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der **Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung** ausgeübt.
 - (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
 - (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das **Recht zum Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.
- Nach Art. 79 GG ist eine Änderung der Grundsätze des Art. 20 unzulässig.

Diese Sätze sind in den ersten Absätzen des Artikels 20 des Grundgesetzes (GG) für die Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben. Sie werden als "Verfassung in Kurzform" bezeichnet, denn sie enthalten deren wichtigste Strukturprinzipien

!!!

Das Grundgesetz in Deutschland

Oberste Prinzipien:

- Art. 1 :- Die Würde des Menschen ist unantastbar
- Art. 20 :- Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat
- Alle Gewalt geht vom Volke aus
- Art. 79: Art. 1 und Art. 20 GG dürfen nicht geändert werden.

Gewaltenteilung in Deutschland



Arbeitsauftrag:

Ordnen Sie die Überschriften auf der nachfolgenden Seite den Beschreibungen zu.

2

!!!

Demokratie, Bundesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Sozialstaatlichkeit, Widerstandsrecht

Widerstandsrecht

Prinzip 1: kann durch das Volk beansprucht werden, sofern eine Beseitigung der verfassungsrechtlichen Ordnung der BRD droht, d. h. wenn Gerichte und Parlamente nicht mehr handlungsfähig sind (z. B. durch politischen Umsturzversuch). Wichtiger Begriff in diesem Zusammenhang: ultima Ratio = letzter Lösungsweg oder letztes Mittel

Gewaltenteilung

Prinzip 2: bedeutet, dass die Gesetzgebung (Parlamente), die Ausführung der Gesetze (Regierung und Verwaltung) und Rechtssprechung (Gerichte) von verschiedenen, voneinander unabhängigen Personen und Personengruppen durchgeführt werden soll. Wichtige Begriffe in diesem Zusammenhang: vertikal und horizontal

Demokratie

Prinzip 3: bedeutet eine Staatsordnung, welche auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde beruht. Alle Staatsgewalt soll vom Volk ausgehen → Volkssouveränität (d. h. indirekte Staatsgewalt über gewählte Abgeordnete). Wichtige Begriffe in diesem Zusammenhang: Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz

Rechtsstaatlichkeit

Prinzip 4: besagt, dass die staatliche Gewalt an die Verfassung und die Rechtssprechung gebunden ist. Alle Maßnahmen der Staatsorgane können von unabhängigen Richtern überprüft werden. Voraussetzung für dieses Prinzip sind die in der Verfassung zugesicherten Grundrechte (Freiheitsrechte), die Gewaltenteilung und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Wichtige Begriffe: Rechtssicherheit, Rechtsgleichheit und Rechtsunabhängigkeit.

Sozialstaatlichkeit

Prinzip 5: verpflichtet den Staat, die sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse zu gestalten. Dazu gehören wirtschaftspolitische Aktivitäten, um z. B. die Entwicklung der Wirtschaft zu ermöglichen oder Arbeitslosigkeit abzubauen. Ebenso müssen soziale Maßnahmen ergriffen werden, um in Not geratene Bürgerinnen und Bürgern das Existenzminimum zu sichern. Mit Vorsorgeeinrichtungen sollen die Menschen im Alter bei Krankheit oder Unfällen geschützt werden (z. B. Renten).

Bundesstaatlichkeit

Prinzip 6: bezeichnet allgemein die Vereinigung souveräner (selbstständiger) Staaten zu einem Bund auf den bestimmte Rechte und Aufgaben übertragen werden. In der BRD haben deshalb die (16) Bundesländer einerseits eigene Landesparlamente, -regierungen und -gerichte, andererseits wirken sie über den Bundesrat an der Bundespolitik mit. Man nennt dieses staatliche Organisationsprinzip auch Föderalismus. Die föderale (bundesstaatliche) Ordnung trägt der Verbundenheit der Menschen mit ihren Regionen und kulturellen Besonderheiten Rechnung

3

!!!

!!!

Föderalismus

→ Vorteile:

- Die Macht wird aufgeteilt
- Politik kann besser auf regionale Gegebenheiten eingehen
- Bürger sind mehr in Polit. Entscheidungen eingebunden

→ Nachteile:

- Hoher Aufwand
- Wahlen
- Kommunikation
- Kosten

→

1.1. Demokratie

1.1.1. Was ist Demokratie

Arbeitsauftrag:

1. Lesen Sie den Informationstext und verschaffen Sie sich einen Überblick.
2. Fertigen Sie eine Übersicht in dem Sie Ihre Fragestellung erklären.
3. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse

Fragestellungen Gruppe A

1. Auf welche Prinzipien kann die Demokratie des GG zurückgeführt werden?
2. Welche Argumente sprechen für die Beibehaltung der repräsentativen (indirekten) Demokratie, welche dagegen?

Fragestellung Gruppe B

1. Was versteht man unter freiheitlich demokratischer Grundordnung?
2. Welche grundlegenden Prinzipien zählen zu dieser Ordnung?

Die Demokratie des Grundgesetzes

Mit dem Artikel 20 (1) GG legt das Grundgesetz die Demokratie (wörtlich übersetzt „Herrschaft des Volkes“) als die Grundlage und den Rahmen unserer Verfassungsordnung fest. Die Demokratie des Grundgesetzes kann auf einige wenige Prinzipien zurückgeführt werden:

Volkssouveränität: Jede staatliche Machtausübung muss durch das Volk legitimiert sein. Die staatlichen Organe müssen entweder, wie die Parlamente (= Volksvertretung), aus Volkswahlen hervorgehen oder, wie die Regierung und die von ihr berufene Verwaltung, von den gewählten Repräsentanten eingesetzt werden. Die Amtsinhaber sind dem Volk bzw. seinen Repräsentanten verantwortlich und können aus ihrem Amt entfernt werden. Volkssouveränität bedeutet, nur das Volk hat das Recht zu bestimmen, wer die politische Macht ausüben darf.

Repräsentativsystem: Die Verfassungsgeber haben sich für ein reines Repräsentativsystem entschieden. Das Volk übt die Staatsgewalt nicht direkt aus, sondern überträgt sie durch Wahlen den Abgeordneten, die in seinem Auftrag die Entscheidungen im Staat treffen. Dagegen enthalten fast alle Landesverfassungen Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide. Die Entscheidung gegen die Aufnahme von Elementen direkter Demokratie in das Grundgesetz wurden durch die negativen Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik beeinflusst. In den letzten Jahrzehnten wurden immer wieder Forderungen nach einer direkten Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen laut. Der Erfolg der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR gab diesen Forderungen neuen Auftrieb. Die entsprechenden Anträge fanden in der Verfassungskommission jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Mehrheitsprinzip: In einer Demokratie gilt der Grundsatz, dass bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und dass die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Sie hat dafür die Chance, bei künftigen Wahlen und Abstimmungen ihrerseits die Mehrheit zu erringen und kann erwarten, dass dann ihre Entscheidungen respektiert werden. Das Mehrheitsprinzip ist eine Kompromisslösung. Die Entscheidung der Mehrheit muss nicht „richtig“ sein. Das Mehrheitsprinzip gewährleistet aber, dass Konflikte friedlich ausgetragen werden.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Nach dem Bundesverfassungsgericht (Urteil von 1952) lässt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: „Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Argumente für und gegen direkte Demokratie

Pro

Die Zeit ist gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen einzuräumen. Das Deutschland von heute ist mit der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Demokratisches Bewusstsein und Informationsgrad der Bevölkerung sind heute ungleich höher als damals. Die Verfassungen der meisten alten und aller neuen Bundesländer sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Sie sind auch vielfach praktiziert worden, teilweise mit großem Erfolg und ohne negative Begleiterscheinungen. Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass sie zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden. Die Mindestbeteiligung kann hoch angesetzt werden, um die Durchsetzung von Minderheitsinteressen zu verhindern. Es können lange Fristen für eine umfassende Information der Bevölkerung vorgesehen werden, um Manipulationen und Entscheidungen aufgrund kurzfristiger Stimmungen zu erschweren. Das repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Das Parlament bleibt der Ort politischer Auseinandersetzung und Entscheidung. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.

Contra

Der Parlamentarische Rat hat sich auf Grund der schlechten Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik für eine reine Repräsentativdemokratie entschieden. Es gibt keinen Grund, an dieser Entscheidung zu rütteln. Elemente direkter Demokratie sind auf kommunaler und Landesebene wegen der Überschaubarkeit der zu entscheidenden Fragen und der geringen Zahl der Abstimmungsberechtigten praktikabel. Für die komplexen Probleme der Bundespolitik sind sie nicht geeignet. Für Volksbefragungen müssen komplizierte politische Probleme auf eine einfache Ja-oder-Nein-Alternative reduziert werden. Entscheidungen in der pluralistischen Demokratie sind aber auf Kompro-

missen angelegt. Aktive, gut organisierte Minderheiten können ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen. Der Manipulation würde Tür und Tor geöffnet. Macht würde denen zufallen, die dem Volk vorzulegenden Fragen formulieren und Zugang zu den Medien haben. Direkte Demokratie ist eine „Prämie für jeden Demagogen“ (Theodor Heuss). Ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz kann leicht den Anschein größerer Legitimität gewinnen. Es ist auch weniger korrigierbar als parlamentarische Entscheidungen. Es könnte sich die Tendenz entwickeln, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen.

Was ist Demokratie?

Demokratie =

→ Grundprinzipien der Demokratie

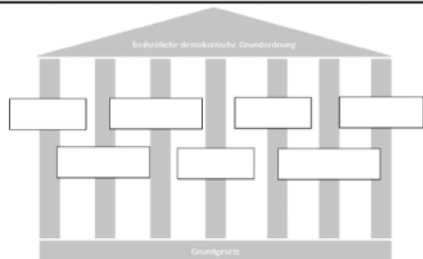
Prinzip: _____

Demokratie

Prinzip: _____

Prinzip: _____

→ Freiheitliche demokratische Ordnung



1.1.1. Gemischte Übungen

Öffnen Sie den untenstehenden Link und bearbeiten Sie die Übungsaufgaben.

<https://learningapps.org/watch?v=psrb93gik22>



1.2 Weimarer Verfassung

Sonntag, 20. August 2023

10:46



PUG 11

1.2. Weimarer Verfassung und Grundgesetz – ein Vergleich

Als sich 1948 Männer und Frauen in Bonn zusammensetzten um für Deutschland das Grundgesetz, zu konzipieren, orientierten sie sich einerseits an den Grunderfahrungen im Umgang mit Demokratie aus der Zeit der Deutschen Revolution 1848/49, hauptsächlich reflektierten sie aber die Einsichten aus der Weimarer Republik 1918-1933. Dabei wollten Sie Positives beibehalten, jedoch Elemente ändern, die damals die Machtergreifung Hitlers erst ermöglichten. Um zu verstehen, wie die Verfassungsorgane der Bundesrepublik miteinander zusammenhängen und weshalb ihre Macht teilweise stark eingeschränkt ist muss man sich näher mit der Weimarer Verfassung beschäftigen und deren Politikgefüge mit dem heutigen vergleichen.

Arbeitsauftrag: Schau genau 😊

1. Bilden Sie zwei Gruppen!
2. Schauen Sie – zunächst JEDER FÜR SICH - den ihrer Gruppe zugeteilten Film an und beantworten Sie folgende Fragen zu den im Film genannten Verfassungsorganen und zur Rolle des Volkes. Machen Sie sich stichpunktartig Notizen:
 - Von wem und für welche Dauer wird das jeweilige Verfassungsorgan gewählt?
 - Welche Befugnisse hat das jeweilige Verfassungsorgan?
 - Werden die jeweiligen Verfassungsorgane kontrolliert? Wenn ja, Von welcher Instanz?
 - Welche Befugnisse hat das Volk?
3. Vergleichen Sie die Antworten in Ihrer Gruppe und führen Sie diese zu einer stichpunktartigen Gruppenlösung auf Kärtchen zusammen. Benutzen Sie pro Frage und Organ ein Kärtchen (insgesamt 15 Kärtchen für die Organe, 1 Kärtchen für das Volk).

Gruppe 1	Gruppe 2
WEIMARER REPUBLIK	BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



<https://kurzelinks.de/p50i>



<https://kurzelinks.de/xkao>

Verfassungsorgane

- Reichspräsident
- Reichskanzler
- Reichstag
- Reichsrat
- Reichsregierung

Verfassungsorgane

- Bundespräsident
- Bundeskanzler
- Bundestag
- Bundesrat
- Bundesregierung

PUG 11



--	--

PUG 11



	Weimarer Verfassung	Grundgesetz
	Reichspräsident	Bundespräsident
gewählt von		
für ... Jahre		
Befugnisse		
Kontrolle durch		
	Reichskanzler	Bundeskanzler
ernannt/ gewählt von		
für ... Jahre		
Befugnisse		

Befugnisse		
Abwahl		
Kontrolle durch		
Ernannt/ Gewählt von	Reichsregierung	Bundesregierung (Minister)
Auf Dauer von		
für... Jahre	Reichstag	Bundestag
gewählt von		
Befugnisse		
Kontrolle durch		

11

PUG 11



Aus der Weimarer Verfassung sind Elemente ins Grundgesetz eingeflossen, einiges ist jedoch grundlegend anders. Der Buchtitel von Fritz René Allemann „Bonn ist nicht Weimar“ ist in diesem Zusammenhang zum geflügelten Wort geworden.

Trifft diese Aussage zu, auch heute noch, wenn auch in übertragenem Sinn, da das politische Zentrum der Bundesrepublik Deutschland schon lange in Berlin liegt 😊?

Begründen Sie die Aussage auf Basis des Wissens, das Sie im Rahmen des Vergleichs der beiden Systeme gewonnen haben.

Falls Sie die Unterschiede nochmals zusammengefasst hören wollen, bietet sich folgendes Video an:



<https://kurzelinks.de/6iug>

1.3 Totalitäre Systeme

Sonntag, 20. August 2023

10:48



PUG 11



1.3. Totalitäre Systeme

Arbeitsauftrag:

20 Min

Wählen Sie eines der unten genannten Länder und recherchieren Sie im Internet, wie politische Entscheidungsprozesse in diesem Land funktionieren:

- China
- Belarus
- Nordkorea
- Eritrea

Beantworten Sie insbesondere folgende Fragen kurz:

- Von wem werden politische Entscheidungen getroffen bzw. Gesetze gemacht?
- Wer bestimmt die Entscheidungsträger bzw. setzt diese ein?
- Wie viele Parteien gibt es (eine – mehrere - viele)?
- Welche Rolle spielt das Volk im politischen Entscheidungsprozess?
- In welchem Umfang gelten die Menschenrechte (ja – eingeschränkt – willkürlich – gar nicht)?

Hier finden Sie Informationen zu den verschiedenen Ländern, Sie können natürlich auch andere Quellen nutzen:



CHINA



NORDKOREA



BELARUS



ERITREA

PUG 11



1.3.1. Merkmalsvergleich: Demokratischer Rechtsstaat – totalitärer Staat – autoritärer Staat

Arbeitsauftrag:

Füllen Sie in der Gruppe die Zusammenfassung zu staatlichen Systemen.

	Demokratisch	Totalitär	Autoritär
Recht			
Politische Macht			
Politischer Wille			
Politische Parteien			
Führung			

--	--	--	--

Totalitäre Systeme zusammengefasst

autoritäre Systeme zusammengefasst

1.4 Gefahren der Demokratie

Sonntag, 20. August 2023 10:49



PUG 11



1.4. Gefahren der Demokratie

Demokratie in der Krise?

Was läuft schief und wie können wir die Demokratie verbessern?



„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“

Winston Churchill, britischer Premierminister während des Zweiten Weltkriegs, meinte mit diesem Satz: Die Demokratie ist nicht perfekt, aber das Beste, was wir haben. Manchmal ist in den Medien die Rede von einer „Krise der Demokratie“. Was genau ist mit diesem Begriff gemeint? Ist die Demokratie wirklich in einer Krise? Und wie kann sie verbessert werden?

PUG 11


Arbeitsauftrag 1: Think Pair Share

4. Überlegen Sie sich zunächst eigenständig, welche **aktuellen** Punkte Ihnen einfallen, die für eine Krise unserer Demokratie sprechen.
5. Diskutieren Sie Ihre Ideen mit Ihrem Banknachbar.
6. Notieren Sie **drei** Stichpunkte.

→ Symptome einer Demokratie in der Krise

1.	
2.	
3.	
4.	
5.	

Arbeitsauftrag 2: Was gegen die Krise spricht

1. Diskutieren Sie in Partnerarbeit, positive Gesichtspunkte, die zeigen, dass unsere Demokratie sich nicht in einer Krise befindet.

→ Das spricht gegen eine Krise

→ Das spricht gegen eine Krise

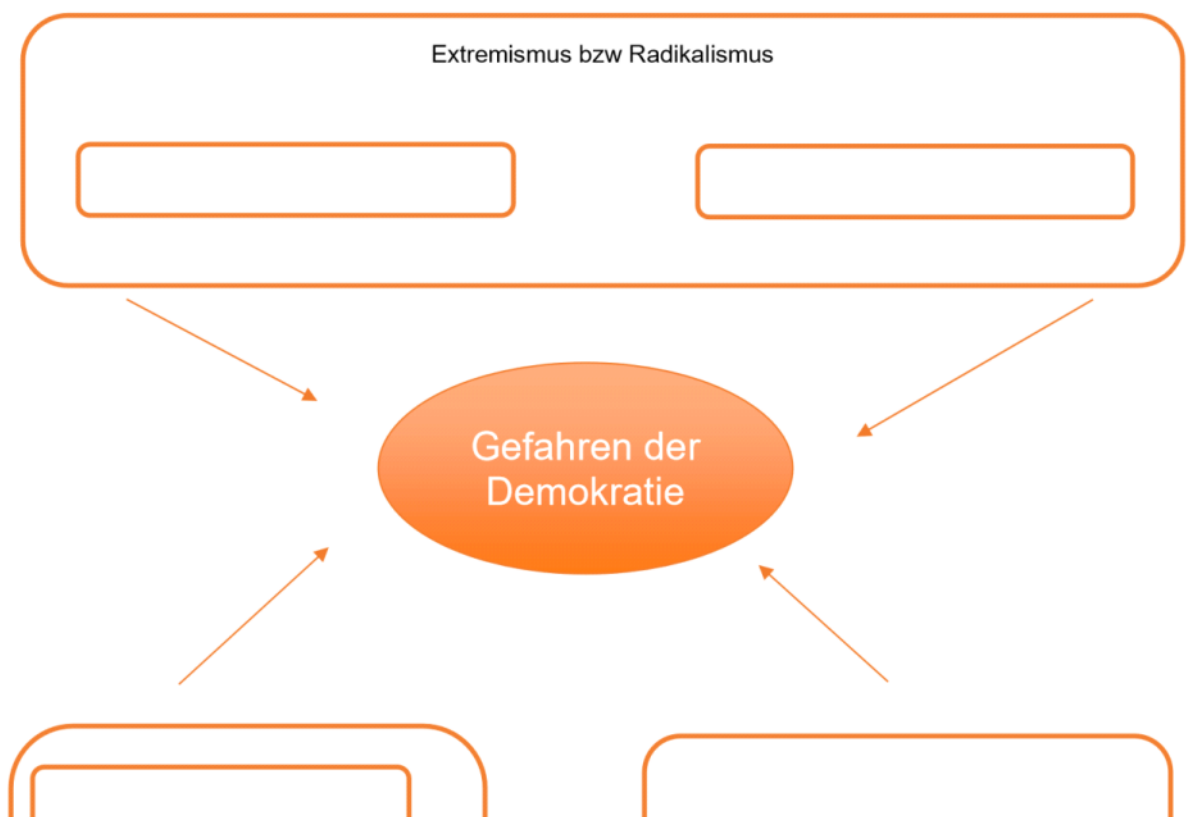
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	

16

PUG 11



Zusammenfassung: Gefahren der Demokratie



Religiös motivierte Gefahren

Maßnahmen der Politik:

Verbot von Vereinigungen	Verbot von Parteien
Verfassungsfeindliche Vereinigungen: -	Verfassungsfeindliche Parteien: -

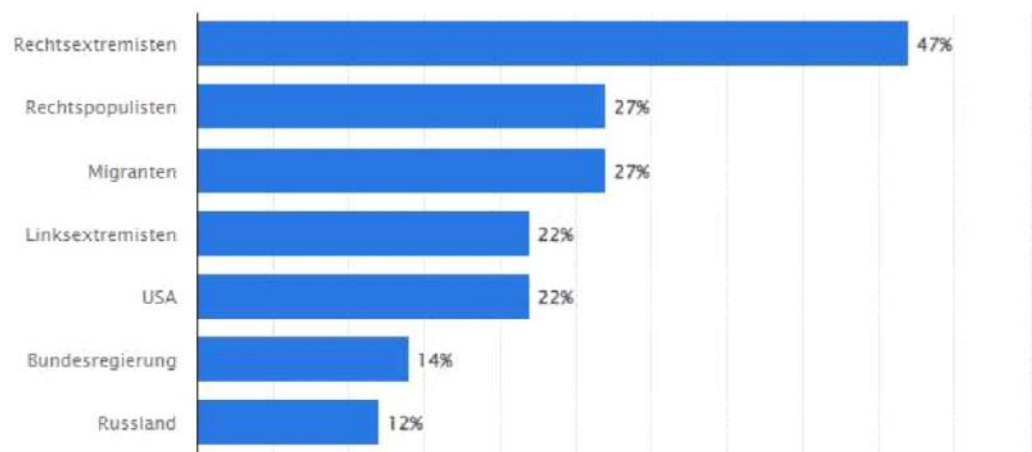
17

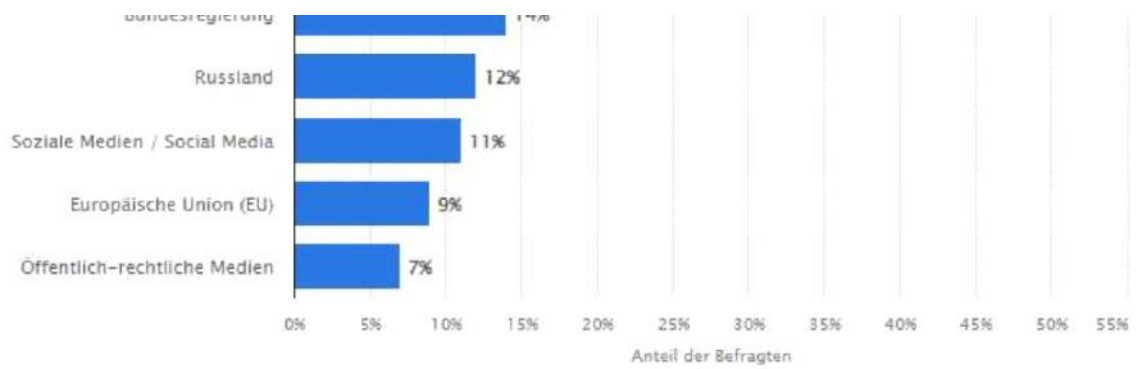
PUG 11



1.4.1. Aktuelle Gefahren der Demokratie

- Wer oder was sind aktuell die größten Gefahren für die Demokratie in Deutschland?





Quelle 1: Statista.com

Umfrageergebnisse zeigen, dass die aktuellen Gefahren der Demokratie hauptsächlich auf folgende Ursachen zurückzuführen sind:

- Rechtsextremismus¹
- Rechtspopulismus²
- Migranten
- Linksextremismus
- USA



Arbeitsauftrag:

- Erstellen Sie in einer Gruppe von 3-4 Personen eine Übersicht, die folgende Inhalte enthält.
 - Warum stellt das Thema eine aktuelle Gefahr dar.
 - Werden Maßnahmen dagegen ergriffen? Wenn ja, welche?
- Stellen Sie Ihre Ergebnisse in OneNote zur Verfügung.
- Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse.

¹ Extreme, radikale politische Einstellung

² Populismus: eine Form des Politikstils. / Rechtspopulismus: Populismus der rechtsextreme Positionen vertritt.

1.5 Politische Strukturen

Sonntag, 20. August 2023 10:52



PUG 11



1.5. Politische Strukturen

1.5.1. Die Bundesrepublik als Bundesstaat



Arbeitsauftrag:

Benennen Sie die einzelnen Bundesländer. Tragen Sie Ihre Ergebnisse in die untenstehende Tabelle ein.

Bundesländer der BRD	
1	9
2	10
3	11
4	12
5	13
6	14
7	15

4	12
5	13
6	14
7	15
8	16

PUG 11



1.5.2. Föderalismus

Arbeitsauftrag:

1. Lesen Sie den untenstehenden Text
2. Füllen Sie die Übersicht zum Föderalismus.

Der Bundesstaat: Bündnis zwischen Gesamtstaat und Gliedstaaten.

„Die Länder sind als Glieder des Bundes Staaten mit eigener – wenn auch gegenständlich beschränkter – nicht vom Bund abgeleiteter, sondern von ihm anerkannter staatlicher Hoheitsmacht“ (BVerfGE 60,175 (207))

Die Bundesrepublik Deutschland ist föderativ aufgebaut. Die Staatsgewalt ist aufgeteilt auf den Bund und die einzelnen Länder. Sie sind Staaten mit eigenständiger gesetzgebender, ausführender und richterlicher Gewalt. Ihre Hoheitsmacht, zwar zugunsten des Bundes beschränkt, leiten sie nicht vom Bund her. Die staatlichen Aufgaben sind zwischen Bund und Ländern aufgeteilt:

- Im Bereich der Gesetzgebung hat der Bund mehr Zuständigkeiten als die Länder. Über den Bundesrat können die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken. (Bundesrecht bricht Landesrecht Art. 31 GG).
- Im Bereich der Verwaltung haben die Länder ihren Aufgabenschwerpunkt. Das beruht vor allem darauf, dass sie sowohl ihre eigenen Gesetze wie auch die Bundesgesetze ausführen müssen.
- Die Gerichtsbarkeit der Länder ist mit der des Bundes gekoppelt (Instanzenweg vom Amtsgericht zu Gerichten des Bundes)

- Die Gerichtsbarkeit der Länder ist mit der des Bundes gekoppelt (Instanzenweg vom Amtsgericht zu Gerichten des Bundes)

Sie sind also nicht große Selbstverwaltungskörper, wie z. B. Landkreise oder Verwaltungsbezirke, sondern eigenständige Staaten mit eigenen Verfassungen, die selbstständig neben dem Grundgesetz des Gesamtstaates gelten. Innerhalb der Länder haben die Gemeinden das Recht, sich selbst zu verwalten.

Die Bundesstaatlichkeit ist im Grundgesetz unantastbar verankert. Die Anzahl der Länder ist allerdings nicht festgeschrieben (Art. 29 (1) GG) und kann damit unter bestimmten Voraussetzungen verändert werden. Die wichtigsten Gründe für eine föderative Staatordnung sind: Die staatliche Macht darf nicht wieder – wie im 3. Reich (1933-1945) – bei einer Zentralregierung liegen.

20

PUG 11



- Die Bundesländer sollen untereinander um die bessere Politik wetteifern und so auf gewissen Feldern der Politik für ihre Bevölkerung angemessene Lösungen der anstehenden Probleme entwickeln können.
- Soweit möglich sollen politische Entscheidungen „nah am Bürger“ gefällt und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden.

„Nah am Bürger“ bedeutet: Bei öffentlichen Maßnahmen ist zuerst immer die Stelle zuständig und verantwortlich, die dem Bürger am nächsten ist. Damit werden manche politischen Entscheidungen dem betroffenen Bürger verständlicher. Die größere Einheit darf keine Aufgaben übernehmen, die eine kleinere Einheit zufriedenstellend erfüllen kann. Dieser Grundsatz sog. Subsidiaritätsprinzip sichert den kleineren Einheiten Zuständigkeiten, Verantwortung und Rechte zu; die größere Einheit leistet in vielen Bereichen nur Beistand.

Als Vorteile des Föderalismus gelten vor allem: Der Schutz vor Machtmissbrauch, das nähere Verhältnis der Bürger zu den Politikern, die häufigere Möglichkeit der Bürger zu wählen, die Ausrichtung der Politik auf regionale Fragen, der Wettbewerb zwischen den Ländern und der Grundsatz der Subsidiarität.

PUG 11



Auf einem Blick: die Bundesrepublik als Bundesstaat

Strukturen und Aufgabenverteilung

Gesetzgebung:

Verwaltung:

Gerichtsbarkeit:

Warum eine föderative Ordnung?

Vorteile der föderativen Ordnung:

Subsidiaritätsprinzip:

sichert kleinen Einheiten Zuständigkeit, Verantwortung und Rechte zu! In vielen Bereichen größere Einheit als Beistand.

1.6 Die Gemeinde

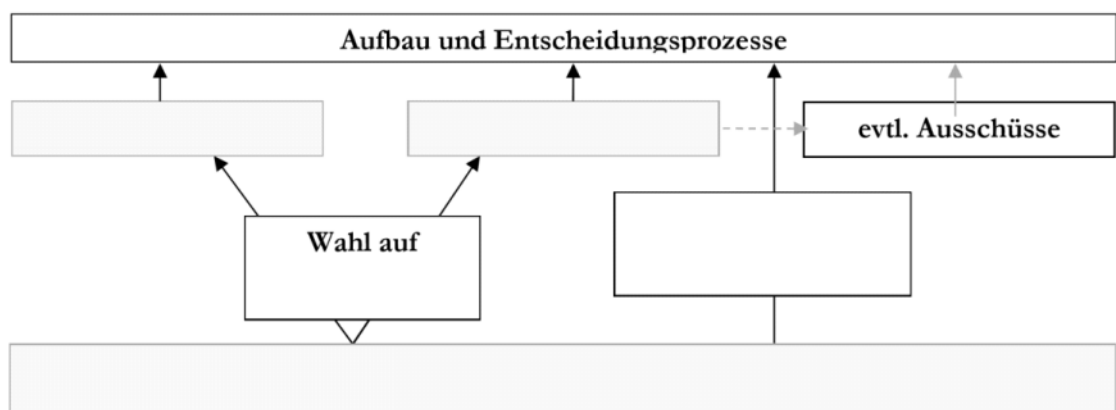
Sonntag, 20. August 2023 10:52



PUG 11



1.6. Die Gemeinde – die kleinste politische Einheit

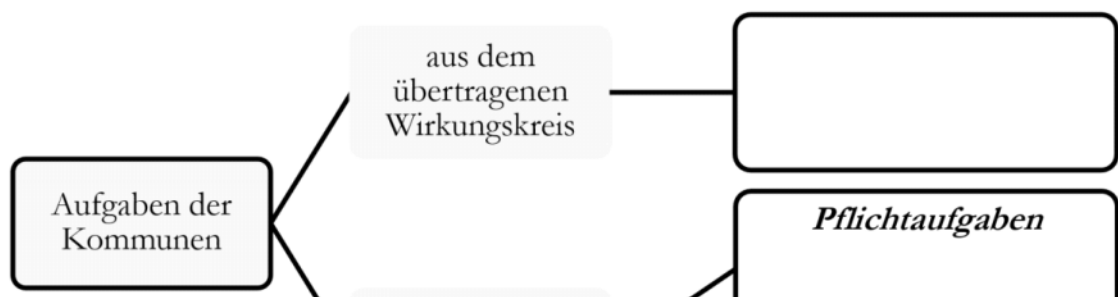


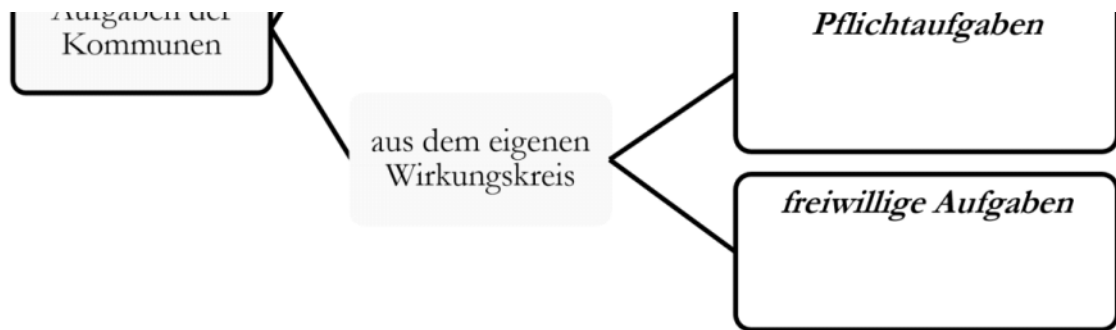
Art. 28 (2) GG: Städte, Gemeinden, Bezirke und Landkreise (= Kommunen) genießen grundsätzlich ein _____.

Jedes Bundesland erlässt eine Gemeindeordnung (GO), welche die Rechte und Pflichten der Kommunen regelt. Art. 29 GO: Die Gemeinde wird durch den **Gemeinderat** verwaltet, soweit nicht der erste Bürgermeister selbstständig entscheidet. Der Gemeinderat ist demnach kein Parlament, sondern ein _____. Er stimmt über Beschlussvorlagen der einzelnen Gemeinderatsausschüsse ab.

Der Bürgermeister

- sitzt dem Gemeinderat vor
- hat in ihm ein Stimmrecht
- bereitet die Sitzungen vor
- beruft sie ein
- leitet sie
- und ist verantwortlich für die Umsetzung der Beschlüsse durch die Verwaltung





23

PUG 11



Die kommunale Selbstverwaltung kann nur funktionieren, wenn die Gemeinde über eigene und ausreichende Finanzmittel verfügt. Diese Finanzmittel setzen sich aus verschiedenen Einnahmen zusammen und sind im sogenannten Gemeindehaushalt erfasst:

(laufende jedes Jahr wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben)	(einmalige Ausgaben, z. B. Bauten, Schuldendienst, Investitionen usw.)
<ul style="list-style-type: none"> •Einnahmen z. B. • • • •Ausgaben • • • 	<ul style="list-style-type: none"> •Einnahmen z. B. • • •Ausgaben z. B. • •

Die Verabschiedung solider Gemeindehaushalte ist für viele Gemeinderäte äußerst schwierig geworden, weil Einnahmen und Ausgaben oft nicht oder nur unter Schwierigkeiten und mit Unannehmlichkeiten für die Bürger in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden können.

Die Bayerische Verfassung sieht seit dem 1. Januar 2004 in Art. 83 Abs. 3 das **Konnexitätsprinzip** vor. Es soll die Kommunen vor finanziellen Mehrbelastungen durch vom Staat übertragene Aufgaben schützen. Der Staat hat in solchen Fällen gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

den, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

1.7 Entstehung von Bundesgesetzen

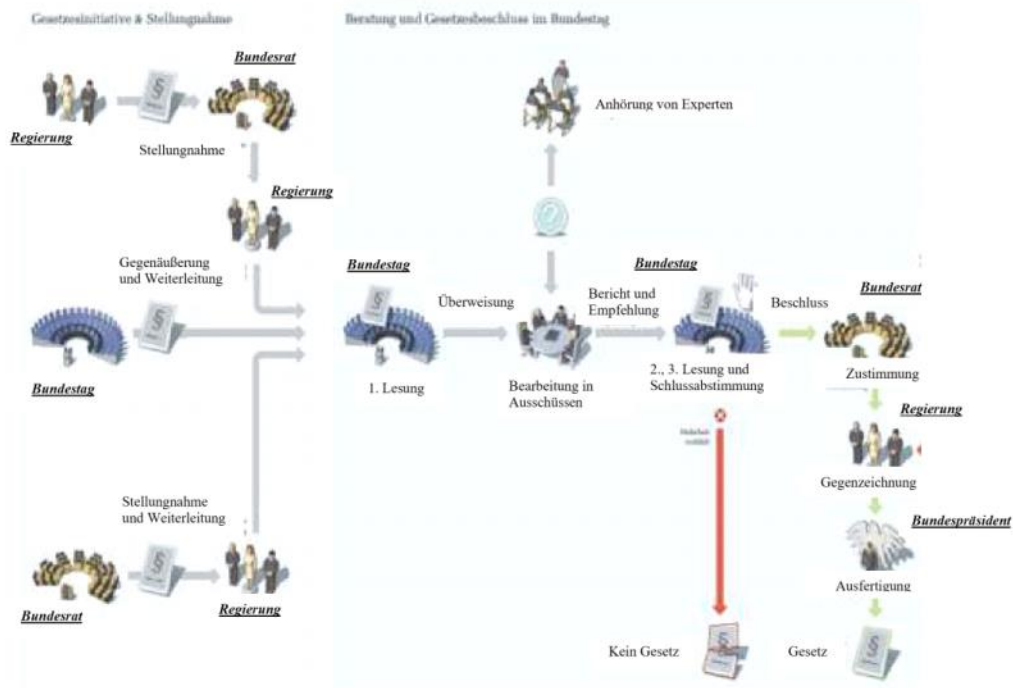
Sonntag, 20. August 2023 10:53



PUG 11

Klara
Oppenheimer
Schule

1.7. Entstehung von Bundesgesetzen



Video Bundesgesetzgebung:

Einfach erklärt: Die Gesetzgebung



Beantworten Sie nun noch folgende Fragen zur Bundesgesetzgebung:

1. Was ist der Unterschied zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen?
2. Wie kann ein Zustimmungsgesetz trotzdem zustande kommen, dem der Bundesrat keine Zustimmung erteilt hat?